

Inhalt

Einleitung	7
A. Geltendes Recht und Gesetzentwürfe	13
1. Privatisierungsgesetze am Beispiel der VW-Privatisierung	13
a) Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand vom 21. 7. 1960 und 2. 8. 1966	13
b) Auszug aus dem Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. 9. 1965	19
c) Auszug aus dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand vom 31. 7. 1970	20
2. Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungslohngesetz — BLG)	21
B. Beschluß der Bundesregierung zur Vermögensbildung, Kabinettsbeschluß vom 11. Juni 1971	53
C. Stellungnahmen der Parteien	54
1. Christlich-Demokratische Union	54
a) „Wirtschaftspolitische Leitsätze der CDU“ — Düsseldorfer Leitsätze vom 15. 7. 1949 (Auszug)	54
b) „Offenburger Erklärung“ der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beschlossen auf der Bundestagung am 9. 7. 1967 in Offenburg (Auszug)	56
c) „33 Oldenburger Thesen“ der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beschlossen auf der Bundestagung am 6. 7. 1969 in Oldenburg (Auszug)	58
d) Beschlüsse des Deutschlandtages 1971 der Jungen Union Deutschlands zur Vermögensbildung, beschlossen auf dem Deutschlandtag, Oktober 1971 in Bremen	59

e)	„Berliner Programm — 2. Fassung“, verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag vom 25. bis 27. 1. 1971 in Düsseldorf (Auszug)	62
2.	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	64
a)	Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. 11. 1959 (Auszug)	64
b)	Jungsozialisten — Vermögenspolitik, beschlossen auf dem Bremer Bundeskongreß vom 11. bis 13. 12. 1970	65
c)	Wahlprogramm der SPD 1972, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag am 13. 10. 1972 in Dortmund (Auszug)	67
d)	Leitsätze der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktionsvermögen 1972, vorgelegt von der Kommission „Vermögensbildung“ beim Parteivorstand der SPD	68
3.	Freie Demokratische Partei	70
a)	Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik, beschlossen vom Bundesparteitag am 25. bis 27. 10. 1971 in Freiburg (Auszug)	70
b)	Flugblatt zur Vermögensbildung — „Vermögen bilden um frei zu sein“ Nr. 7/72	79
D.	Gewerkschaftliche Stellungnahmen	84
1.	Deutscher Gewerkschaftsbund	84
a)	Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB am 21./22. 11. 1963 in Düsseldorf (Auszug)	84
b)	Vermögenspolitische Grundsatzserklärungen des DGB-Bundesvorstandes	84
c)	Referat von Heinz O. Vetter auf dem 9. Bundeskongreß des DGB am 28. 6. 1972 in Berlin (Auszug)	88
2.	Deutsche Angestellten Gewerkschaft	90
a)	Forderungen zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen (Auszug)	90
b)	Programm der DAG zur Gesellschaftspolitik vom November 1971 (Auszug)	92
3.	Christliche Gewerkschaften Deutschland	98
a)	Eigentumsvorstellungen der Christlichen Gewerkschaften	98

E. Stellungnahmen der Arbeitgeberorganisationen	101
1. Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V. (ASU) zur Vermögensbildung, April 1971	101
2. Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeit- geberverbände zur Vermögenspolitik vom 10. 11. 1972 .	110
F. Kirchliche Stellungnahmen	119
1. Enzyklika „Mater et Magistra“ — Über die jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens (Auszug) .	119
2. Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Eigentumsfrage. „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ vom 6. 4. 1962	124
3. Die Evangelisch-Katholische Gutachter-Denkschrift „Empfehlungen zur Eigentumsfrage“ vom Januar 1964 .	137
G. Das „Vierer Programm“ der parlamentarischen Staats- sekretäre	150
H. Vermögensbildungspläne — Vorstellungen und Vorschläge zu einer gerechteren Vermögensverteilung	154
1. Der „Büttner-Plan“	
a) Eigentumsstreuung über Sozialkapital	154
b) Vermögensbildung durch Umverteilung	159
2. Der „Burgbacher-Plan“	
Grundsätze für die Eigentumspolitik und ihre Förde- rung	170
3. Der „Deist-Plan“	
Sechs Thesen zur Vermögensbildung	172
4. Der „Ehrenberg-Plan“	
Eigentumsformen und Denkmodell für eine breite Streuung des Eigentums	177
5. Der „Föhl-Plan“	
a) Koordination der Lohnpolitik und aller verteilungs- wirksamer Maßnahmen	184
b) Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu Lasten der Unternehmergewinne	189
6. Der „Gleitze-Plan“	
a) Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital	191
b) Lohnpolitik und Vermögensverteilung	198

7. Der „Häussler-Plan“	
a) Miteigentum der Arbeitnehmer am Kapital der Wirtschaft (Auszug)	205
b) Jedem sein Eigentum — Vermögensbildung in der modernen Gesellschaft	209
8. Der „Krelle-Plan“	
Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer	212
9. Der „Leber-Plan“	
Das Programm zur Vermögensbildung der Arbeit- nehmer im Baugewerbe	219
10. Beispiele für eine betriebliche Gewinnbeteiligung	
a) Das „Pieroth-Modell“	221
b) Das „Porst-Modell“	227